KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

A 140 Anfrage Müller Pirmin und Mit. über Extremismus in Luzern / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Die Anfrage A 140 sowie die Anfrage A 119 von Sara Muff über jüngste rechtsextreme Vorkommnisse im Kanton Luzern werden als Paket behandelt.
Pirmin Müller ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.
Sara Muff ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Pirmin Müller: Bei der Extremismusdiskussion habe ich des Öfteren den Eindruck, dass aus der Geschichte nicht viel gelernt wird. In der öffentlichen Diskussion – nicht von der Regierung – wird zwischen besserem und schlechterem Extremismus unterschieden. Diese Unterscheidung ist brandgefährlich. Vor rund 100 Jahren war in Europa die Bedrohung durch den totalitären Kommunismus sehr präsent. Als Gegenbewegung haben sich ebenso totalitäre und gewalttätige Ideologien etabliert, wie der Nationalsozialismus und der Faschismus. Viele Menschen suchten damals Zuflucht im vermeintlich geringeren Übel. Wie nahe beieinander die Extreme liegen, zeigt sich auch darin, dass beispielsweise am 1. Mai 1913 in Zürich ein italienischer Genosse als Referent aufgetreten ist und sich in seiner Rede der linken Rhetorik bediente. Dafür bekam der Genosse Mussolini begeisterten Beifall. Zwei Jahre später gründete er die faschistische Bewegung. Noch im Jahr 1933 waren sieben Artikel von Mussolini im «Tages-Anzeiger» abgedruckt worden. Nicht nur das, 1931 erschien im «Tages-Anzeiger» ein Leitartikel von Adolf Hitler mit dem Titel «Was wollen wir Nationalsozialisten?». Was können wir aus der Geschichte lernen? Ganz klar, dass es keinen schlechteren oder besseren Extremismus gibt. Es gibt auch kein geringeres Übel. Totalitäre und gewaltbereite Ideologien müssen einheitlich geächtet werden, nicht nur die alten, sondern auch die neuen. Es darf in diesem Zusammenhang keine Tabuisierung mehr geben. Auch wenn aus einer isolierten Optik die eigenen Ziele besonders wichtig erscheinen, heiligt der Zweck die Mittel nie.

Sara Muff: Ich habe meine Anfrage eingereicht, weil ich darüber schockiert war, dass im Oktober 2019 in Wolhusen von Rechtsextremen ein Rockkonzert veranstaltet werden konnte. Vor Ort waren Bandmitglieder, welche eigentlich gar nicht hätten einreisen dürfen, da es sich um den Behörden bekannte Rechtsextreme handelte. Dieses Konzert fand zirka eine Woche nach dem grausamen Verbrechen eines Rechtsextremisten in Halle statt, bei dem zwei Menschen ihr Leben verloren und mehrere Menschen verletzt wurden. Auch wurden im Februar 2020 in Hanau von einem Rechtsextremen neun Menschen mit Migrationshintergrund erschossen. Gemäss Nachrichtendienst des Bundes ist die rechtsextreme Szene auch in der Schweiz im Aufbruch. Ihre Angehörigen verfügen über grössere Mengen funktionstüchtiger Waffen, und der Umgang damit wird geübt, Kampfsportarten werden trainiert. Im Lagebericht des Nachrichtendienstes vom letzten Jahr wurde eine Verdreifachung der rechtsextremen Ereignisse ausgewiesen. Linksextreme

Ereignisse nahmen um 13 Prozent zu. Auch Bundesrätin Viola Amherd äusserte sich zur Zunahme der rechten Gewalt, sie findet diese sehr bedenklich. Dabei ist es zum einen die menschenverachtende, zum anderen aber vor allem auch die antidemokratische Haltung in diesen Gruppierungen, die uns allen zu denken geben sollten. Die Regierung erwähnt diese Fakten in der Antwort auf meine Anfrage mit keinem Wort. Sie spielt die Thematik viel eher herunter. Im Kanton Luzern gebe es diesbezüglich in keiner Weise Grund zur Beunruhigung. Auch seien alle Mitarbeitenden bei Polizei und Sicherheitsbehörden sehr sensibilisiert. Dass dies nicht immer der Fall ist, hat uns die jüngste PR-Aktion der Luzerner Polizei gezeigt. Gerne möchte ich von der Regierung wissen, weshalb sie zu anderen Schlussfolgerungen kommt als der Bund. Zudem wirft die Regierung alle Extremismen in einen Topf. Diese Theorie hat einen Namen: die Hufeisentheorie. Sie sagt aus, dass sich Links- und Rechtsaussen am Ende der politischen Skala berühren. Diese Theorie ist jedoch veraltet und gehört nicht mehr in den politischen Diskurs, denn es geht nicht an, dass Gewalttaten als Ganzes zusammengenommen werden, ohne dass dabei die Art der Gewalt gewichtet wird. Sie gehen mit mir darin einig, dass es einen immensen Unterschied macht, ob wir von Sachbeschädigung oder von Mord sprechen. Es geht mir dabei nicht darum, das Gefahrenpotenzial gewaltbereiter Kreise zu verharmlosen. Wichtig ist, dass wir das Gewaltpotenzial gesamthaft beurteilen und in unsere Bewertung einfliessen lassen. Da macht es sich unsere Regierung zu einfach. Auf oftmals öffentlichen rechtsextremen Webseiten finden Sie schnell Anweisungen für Anschläge und Aufrufe zur Gewalt an Migrantinnen, zudem wird die Autorität des Staates systematisch untergraben. Es werden gezielt Falschmeldungen verbreitet, Politikerinnen werden aufs Übelste angeschwärzt, Hatespeech und Verschwörungstheorien grassieren. Ich wünsche mir ganz klar, dass unsere Regierung besser zwischen unterschiedlichen extremistischen Strömungen differenziert. Dabei muss die antidemokratische Haltung – also die Verachtung unserer staatlichen Institutionen und der Meinungsvielfalt – erkannt werden. Das Hufeisen muss verschwinden. Rechtsextreme, antidemokratische Gewalt darf nicht in einen Topf mit allen anderen geworfen werden, denn das ist eine Verharmlosung.

Hans Stutz: Der Vorstoss von Sara Muff geht davon aus, dass der Staatsschutz Probleme lösen kann. Nur, der Staatsschutz hat noch nie Probleme gelöst. Es hat sich nach schlimmen Taten immer herausgestellt, dass der Staatsschutz davon gar nichts wusste oder hinterherhinkte. Wenn wir mit Rechts- und Linksextremismus umgehen wollen, müssen wir auf die Zivilgesellschaft setzen, auf eine Diskussion in der Öffentlichkeit und auch auf die Aufklärung über die Tendenzen dieser Gesellschaft. Ich muss den Erkenntnissen meiner Vorrednerin zu rechtsextremen Webseiten zustimmen. So läuft dies täglich ab, und so wird es leider auch vorläufig weitergehen. Dem muss man sich entgegenstellen. Die vom Regierungsrat zelebrierte Hufeisentheorie erklärt nichts, sie beschönigt auch nicht, sie verwischt einfach Unterschiede und ist deshalb auch nicht brauchbar für die Auseinandersetzung mit den Tendenzen in unserer Gesellschaft.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Ich spreche zu beiden Anfragen. Während Sara Muff ihre Anfrage aufgrund von Vorkommnissen der rechtsextremen Szene im Oktober 2019 formuliert hat, wird in der Anfrage von Pirmin Müller Extremismus als Gefahr an sich für Gesellschaft und Demokratie thematisiert. Die CVP ist klar der Auffassung, dass alle Veranstaltungen von Rechts- oder Linksextremen, die mit den schweizerischen Grundwerten nicht zu vereinbaren sind, verhindert werden müssen. Sie sind ganz einfach unerwünscht. Akzeptanz und Respekt sind Grundbedingungen für ein friedliches Zusammenleben in unserem Land und in unserem Kanton. Die Antworten der Regierung sind für die CVP schlüssig. Sie decken aber im Fall von privat organisierten Anlässen auch auf, dass der Handlungsspielraum der Polizei beschränkt ist. In der Schweiz gilt die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit, welche verfassungsrechtlich geschützt ist. Dazu müssen wir Sorge tragen. Ein Verbot bestimmter Vereine – welche Gesinnung sie auch immer haben mögen – ist deshalb auf Kantonsgebiet nicht zulässig. In der Antwort der Regierung steht auch, dass gewalttätiger Extremismus in der Schweiz weder von rechts noch von links ein gravierendes Problem darstellt. Nichtsdestotrotz gilt es, diese Bewegungen und vor allem auch ihre Präsenz im

Netz zu beobachten und wenn nötig einzuschreiten. Extremismus jeglicher Art ist zu bekämpfen. Massgebend dafür sind vor allem die Früherkennung und die Kriminalitätsbekämpfung. Mit dem Kantonsratsbeschluss zur Ressourcenstärkung der Staatsanwaltschaft im Bereich Cybercrime in der Mai-Session wird die Strafverfolgung bestärkt. Es gilt wachsam zu bleiben. Wir haben die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Geschichte zu gestalten. Wie schon in früheren Vorstössen zum Thema Extremismus fordert die CVP die Regierung auf, weiterhin bei den nationalen Bemühungen mitzuarbeiten und die Koordination zur Bekämpfung von Extremismus schweizweit zu stärken und zu unterstützen.

Urs Brücker: Ich denke, wir sind uns in einer Sache alle einig: Jegliche Art des Extremismus ist rigoros zu unterbinden, und Delikte gegen das Strafgesetz sind konsequent zu ahnden. Die Antworten des Regierungsrates auf die beiden Anfragen, welche selbstverständlich mit der entsprechenden politischen Färbung der Anfragenden gestellt wurden, sind sehr interessant. Insbesondere aber die Statistik auf Seite 2 in der Antwort zur Anfrage A 140 überrascht schon. Sowohl die Anzahl Ereignisse, aber auch die hohe Gewaltbereitschaft mit linksextremistischem Hintergrund im Vergleich zu den Ereignissen mit rechtsextremistischem Hintergrund sind schon ziemlich eindrücklich. Dabei ist die jüngste, starke Zunahme der Ereignisse mit rechtsextremistischem Hintergrund ebenso bedenklich. Der Tierrechtsextremismus und der Ökoterrorismus scheint demgegenüber – noch – keine wirkliche Bedeutung zu haben. Dabei stellt sich ja auch die Frage, wie sich der Extremismus äussert. In meiner Wahrnehmung sind das eher Demonstrationen mit grosser medialer Wirkung als eben Gewaltdelikte, wie sie potenziell bei rechts- oder linksextremistischen Aktivitäten zu befürchten sind. Wovon in beiden Anfragen nicht gesprochen wird, ist der Hooliganismus beim Fussball, welcher dieses Wochenende in Den Haag wieder zu erleben war und der zu massiven Unruhen führte. Diese Leute sind auch Extremisten. Bei uns ist während der Fussballsaison fast jedes zweite Wochenende am Bahnhof und in der Stadt die Hölle los. Man kann sich wirklich nicht mehr sicher fühlen. Dies ist für mich eine unmittelbare Bedrohung durch Extremismus, auch wenn dieser politisch nicht klar zuzuordnen ist.

Pirmin Müller: Ich möchte einen zentralen Punkt erwähnen: Das Engagement gegen den Totalitarismus und den Extremismus allgemein ist wichtig. Man kann nicht sagen, dass das eine schlimmer sei als das andere. Damit wäre aus der Geschichte nichts gelernt worden. Der aktuelle Lagebericht des Nachrichtendienstes ist doch sehr aufschlussreich: linksextremistische Ereignisse Total 226 im Jahr 2018, rechtsextremistische 58, davon gewaltsame linksextremistische 78 und rechtsextremistische 0. Es wird hier nicht ein Extremismus relativiert oder verharmlost. Wichtig ist, dass man Extremismus allgemein bekämpft. Gewalt ist Gewalt und darf durch nichts relativiert werden.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Der Regierungsrat lässt sich nicht durch irgendeine Theorie leiten, sondern durch Rechtsstaatlichkeit und durch demokratische Prinzipien. Der Rechtsstaat muss sich gegen Extremismus schützen; dieser ist dadurch definiert, dass die Extremisten nicht bereit sind, die Rechtsordnung zu respektieren, und manchmal sogar gewalttätig werden. Der Staat muss sich mit seinem Gewaltmonopol wehren, damit der Rechtsstaat und der Rechtsfrieden bewahrt werden können, was zum Schutz der Demokratie äusserst wichtig ist. Ich bin froh, dass eine qualifizierte Mehrheit nicht blind ist, weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge. Es gibt keine Relativierung von Extremismus, es gibt auch keinen besseren oder schlechteren Extremismus. Extremismus bewegt sich ausserhalb der Rechtsordnung und vielfach in der Sphäre der Gewalttätigkeit gegen Menschen und Sachen. Es ist unsere Aufgabe als Behörde, dort Grenzen zu ziehen. Zur Anfrage A 119: Die Polizei versuchte den Anlass zu verhindern, musste aber warten, bis ein rechtsgültiges Einreiseverbot formal vorlag. Sonst hätten wir keine Rechtsgrundlage gehabt, dort einzugreifen. Auch in solchen Fällen gilt die Rechtsstaatlichkeit und deren Verfahren.